

### Europa

#### *Europäische Union*

I (3725) **Brüssel**. Die Parlamentarische Versammlung des Europarats hat die Verbreitung wissenschaftsfremder Lehren wie Kreationismus und Intelligent Design in den Schulen verurteilt. Die Vertreterinnen und Vertreter von 47 nationalen Parlamenten Europas warnten in einer mit 48 zu 25 Stimmen angenommenen Entschließung, dass zunehmend irrationale Glaubensinhalte in den allgemeinen Unterricht eingeschleust werden. Dadurch entstehe die Gefahr einer Vermischung von religiösem Glauben und wissenschaftlich fundierten Tatsachen. Der Kampf gegen die Evolutionslehre werde oft aus religiösem Extremismus gespeist. „Wenn wir nicht aufpassen, kann der Kreationismus eine Bedrohung für die Menschenrechte werden“, heißt es in dem Dokument. (*Die Welt*, 5.10.07)

#### *Deutschland*

I (3726) **Berlin**. Die Kirchengaustritte nehmen zumindest in der evangelischen Kirche nach ersten Zwischenergebnissen wieder zu. Damit scheint die seit 2004 zu beobachtende rückläufige Tendenz bei den Kirchengaustritten vorerst gestoppt. Der Bischof der evangelischen Landeskirche Kurhessen-Waldeck teilte mit, dass in seinem Kirchenbereich 2006 die Zahl der Austritte um rund 10 Prozent zugenommen hat. Gleichzeitig verlor die Kirche wesentlich mehr Mitglieder durch Tod, als neue durch die Säuglingstaufe oder durch Eintritte hinzukamen. Daher nahm die Gesamt-Mitgliederzahl der Gliedkirche binnen eines Jahres von 959.000 auf 950.000 ab.

Das Hauptproblem der evangelischen Kirchen bleibt die Überalterung. So wurden laut dem neuen Statistik-Bericht der EKD 2005 von 100 Neugeborenen nur 29 evangelisch getauft, doch gehörten von 100 Verstorbenen 37,5 dieser Konfession an. (In der Gesamtbevölkerung liegt der evangelische Anteil bei knapp 31 Prozent.)

Dieser Effekt schlägt bei der katholischen Kirche nur in ungefähr halber Höhe durch, jedoch ist auch dort laut eigener Analyse der Trend ungebrochen, immer weniger Kinder zu taufen. Daneben verlieren beide Kirchen auch bei der Wanderungsbewegung: Obwohl insgesamt mehr Menschen zu- als abwandern, kehren etwas mehr Katholiken und Protestanten Deutschland den Rücken als neu ins Land kommen. Daher verlieren die beiden Kirchen derzeit allein wegen der Überalterung und der Wanderungsbewegungen alle vier Jahre einen Prozentpunkt und würden auch ohne Kirchengaustritte etwa 2012 unter die 60-Prozent-Marke sinken.

Im Gegensatz dazu steigen aber die Einnahmen der Kirchen in Deutschland wieder. Der deutschen Bischofskonferenz zufolge haben die gute Konjunktur und der Rückgang der Arbeitslosigkeit den 27 deutschen Diözesen im Vorjahr Mehreinnahmen von sieben Prozent gegenüber dem Jahr 2005 beschert. Insgesamt verblieben der katholischen Kirche 2006 nach Abzug der Verwaltungskosten rund 4,252 Milliarden Euro Kirchensteuereinnahmen, der evangelischen 3,883 Milliarden. (*MIZ*-Eigenmeldung; *idea*, 28.4.07; *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 4.5.07)

I (3727) **Fulda**. Im Gegensatz zur evangelischen Kirche nahmen in der katholischen die Kirchengaustritte 2006 nochmals geringfügig um 5.000 auf rund 84.000 ab, doch sanken auch die Eintritte um etwa 500 auf knapp 16.000. Umso heftiger fiel der Rückgang der Gesamt-Mitgliederzahl aus, die offiziell mit 220.000 angegeben wurde. Unter Berücksichtigung von 320.000 Doppeltzählungen (meist wegen zwei verschiedenen Wohnsitzen in unterschiedlichen Pfarrsprengeln) sank die Katholikenzahl auf 25,365 Millionen. Das sind 30,8 % der Einwohner (minus 0,2 % gegenüber 2005). (*KNA*, 26.9.07)

I (3728) **Berlin**. Bundesjustizministerin Brigitte Zypries hat für ein neues Pflichtfach in der Schule plädiert. Alle Schüler sollten darin etwas über Ethik, Religion und Grundrechte lernen, sagte die SPD-Politikerin bei einer Podiumsdiskussion in der Ludwig-Maximilians-Universität in München. Schule habe neben der Wissensvermittlung auch die wichtige Aufgabe, Gefühl und Bewusstsein für den demokratischen Staat zu fördern. Dafür brauche es ein Fach, in dem alle Schüler gemeinsam die Grundlagen des Staates kennen lernten. Etwas über Religionen zu erfahren, helfe der Demokratie, so Zypries. Konfessionsgebundenen Religionsunterricht solle es, analog der Praxis in Berlin, auch weiterhin an staatlichen Schulen geben. (KNA, 17.7.07)

I (3729) **Stuttgart**. Das Land Baden-Württemberg und die zwei evangelischen Landeskirchen des Bundeslandes haben einen Staatsvertrag geschlossen, der sämtliche rechtlichen Beziehungen in einer für die Kirchen extrem günstigen Weise regelt. Die Regelungen reichen vom Kirchensteuereinzug über Gebührenbefreiung, Denkmalspflege, Diakonie, Religionsunterricht, Feiertagsschutz und Pfarrerausbildung bis zur Festlegung der Staatsleistungen. So wird z.B. festgelegt, dass kein Feiertag mehr ohne kirchliche Zustimmung gestrichen werden darf. Außerdem sollen die Landeskirchen ab 2010 mehr Geld vom Land Baden Württemberg erhalten. (*idea*), 25.7.07)

I (3730) **Erfurt**. In der Debatte um christliches Schöpfungsverständnis und Darwins Evolutionslehre fordert Thüringens Ministerpräsident Dieter Althaus CDU) nun erstmals eine klare Trennung von Glauben und Wissenschaft im Unterricht. Er selbst halte den wortwörtlichen Glauben an den biblischen Schöpfungsbericht und auch das so genannte „Intelligent Design“ für biblischen Fundamentalismus, sagte das Mitglied des Zentralkomitees der deutschen Katholiken in einem Interview der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“. Vertreter des „Intelligent Design“ gehen davon aus, dass Gott die Evolution direkt steuert. (FAZ, 30.7.07)

I (3731) **München**. Die bayerischen Bischöfe gehen nun voll in die Offensive und fordern letztlich eine Gleichstellung von kirchlichem und staatlichem Schulwesen. Zunächst verlangen sie für die Schulen in kirchlicher Trägerschaft „gleiche Wettbewerbsbedingungen“ mit den staatlichen Schulen, was auf eine hundertprozentige staatliche Finanzierung hinausläuft. Für sie sei nicht einzusehen, dass Schulen in freier Trägerschaft nicht in gleicher Weise finanziert würden wie staatliche Schulen. Tatsächlich werden kirchliche Schulen zu mindestens 80, im Durchschnitt aber sogar zu 90 Prozent aus öffentlichen Steuermitteln finanziert. Daher ging auch das Kultusministerium auf Distanz und erklärte, allenfalls in Detailfragen könne der Freistaat der Kirche entgegenkommen. (*Augsburger Allgemeine*, 31.7.07; *Süddeutsche Zeitung*, 1.8.07)

I (3732) **Regensburg**. „In Riekofen bei Regensburg ist ein neuer Fall von sexuellem Missbrauch durch einen katholischen Geistlichen bekannt geworden. Der heute 39-Jährige Pfarrer hatte vor acht Jahren als Kaplan zwei Jungen sexuell missbraucht. Damals war der Priester sofort aus der Gemeinde abgezogen worden und musste sich einer Therapie unterziehen. Zum Schutz der damals minderjährigen Jungen wurde in Absprache mit den Eltern Stillschweigen vereinbart. Später kam der Fall über Umwege doch der Justiz zu Ohren. Der Täter erhielt in einem Verfahren ohne öffentliche Verhandlung eine Freiheitsstrafe von zwölf Monaten, die für drei Jahre zur Bewährung ausgesetzt wurde. In dieser Zeit war der Priester als Seelsorger in einem Altenheim tätig, nach Ablauf der Bewährungszeit übernahm er die katholische Nachbargemeinde.“

Das Bistum Regensburg hält weiter an dem Geistlichen fest; dieser sei geheilt. Diese Haltung des Bistums rief sowohl in der Gemeinde, wo der Priester als Pfarrer heute Dienst tut, als auch in der Öffentlichkeit Kritik und Unverständnis hervor. Strittig ist, ob das Bistum Regensburg die Leitlinien der Deutschen Bischofskonferenz zum Verhalten in Fällen sexuellen Missbrauchs eingehalten hat.“

So lautete die Originalzusammenfassung des katholischen Internetdienstes kath.de am 3.8.07 aufgrund einiger lokaler Pressemeldungen („Missbrauchsfall: Generalvikar steht hinter

Gemeindepfarrer“, *Passauer Neue Presse*, 30.7.07; „Wir sind Kirche kritisiert Beschäftigung eines wegen Kindesmissbrauchs verurteiltem Pfarrer“, *Donau Post*, 30.7.07 [Titel korrekt zitiert!]; „Diözese wehrt sich gegen Kritik“, *Passauer Neue Presse*, 31.7.07).

Anm. *MIZ*-Red.: Verschwiegen wurde damals noch, dass der Kleriker erneut straffällig geworden war, dass es neben dem Gutachten seines eigenen Therapeuten (auf das sich Bischof Müller so hartnäckig stützte) noch ein zweites gab, das dringend dazu riet, den frommen Pädophilen aus dem pastoralen Verkehr zu ziehen, und dass den Eltern des ersten wie des zweiten Opfers vom Bistum Schweigegeld angeboten wurde.

Aus Platzgründen wird dieser Fall hier und evtl. in der nächsten *MIZ* nur relativ kurz behandelt; zu ausführlich war die allgemeine Berichterstattung. Der kriminell gewordene Pfarrer ist inzwischen längst nicht mehr die Hauptperson, dazu gab und gibt es zu viele Parallelen. Bereits 2002 hatte Kardinal Lehmann mitgeteilt, dass der Bischofskonferenz etwa 300 derartige schwarze Schafe im Priesterrock bekannt seien, was immerhin zwei Prozent aller Geistlichen betrifft – die Dunkelziffer nicht eingerechnet. Vielmehr entzündet sich die Kritik längst am Verhalten des Bischofs, der bis heute jedes Fehlverhalten von sich weist und jede Entschuldigung ablehnt.

I (3733) **Hamburg**. Die umstrittene Scientology-Organisation hat offenbar per Anwalt versucht, durch verschiedene Schreiben an Verlag und Autorin den Vertrieb des „Schwarzbuch Scientology“ der deutschen Scientology-Expertin Ursula Caberta zu stoppen. Das teilte der Verleger des Scientology-kritischen Werkes jetzt mit. Im Namen von Scientology Deutschland sei mit Frist bis 1. August die Unterlassung von mehreren Passagen gefordert worden, in denen die Organisation kritisiert wird. Bei diesen Stellen gehe es um Berichte, wonach Kinder von Scientologen aus deutschen Schulen genommen und nach Dänemark gebracht wurden, heißt es in der Mitteilung weiter. Auch den Verweis auf einen laut Scientology gefälschten Brief des Sektengründers Hubbard, in dem dieser sich als psychisch gestört darstellte, wollten die Anwälte der Organisation entfernen lassen. Autorin Caberta, Leiterin der Arbeitsgruppe Scientology in der Hamburger Behörde für Inneres, und der Verlag weisen in dem Schreiben alle Vorwürfe zurück und halten an der Auslieferung des Buch fest. (*kipa*, kath. Informationsdienst Schweiz, 3.8.07)

Anm. *MIZ*-Red.: In einer Fernseh-Diskussion über Scientology (Maischberger, ARD vom 24.9.07) präsentierte sich leider auch Frau Caberta in äußerst unvorteilhafter Weise als arrogant und besserwisserisch und wollte anderen Diskutanten das Wort verbieten, so dass sie auch Zweifel an ihrer eigenen Seriosität nährte.

I (3734) **Düsseldorf**. Der Theologe Matthias Kopp, der sich im Büro des Kölner Weltjugendtags profiliert hat, ist seit dem 1. September Leiter der Pressestelle der NRW-Landesregierung und zugleich Sprecher der Staatskanzlei, wie die Landesregierung mitteilte. Vor seiner Zeit im Weltjugendtagsbüro war Kopp bei Radio Vatikan und in der Zentralstelle Medien im Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz tätig. Er ist stellvertretender Vorsitzender der Gesellschaft Katholischer Publizisten Deutschlands. (Pressemitteilung der Landesregierung, 1.8.07)

### *Großbritannien*

I (3735) **London**. Auch auf der britischen Insel sind die katholischen Bischöfe der Meinung, Regelungen zu sozialpolitischen Themen wie Ehe, Sexualität, Abtreibung oder Sterbehilfe dürften nur mit ihrem Einverständnis geregelt werden. Sie kritisieren nun einen Gesetzentwurf, der Ehen ohne Trauschein bestimmte wirtschaftliche Rechte zuerkennen will. In einem Statement erinnert der britische „Familienbischof“ John Hine an die Pflicht des Staates, „die Ehe zu fördern und zu schützen“. Wenn ein Paar zusammenlebe, sei das „etwas anderes als eine Ehe“. Die Tatsache, dass der Gesetzentwurf nur für Paare gelten soll, die seit mindestens zwei Jahren zusammen sind, wirke wie ein Ansatz dazu, „einen neuen legalen Status des Zusammenlebens mit entsprechenden Rechten und Ansprüchen zu schaffen.“ Das „bleibt eine echte Sorge“, schreibt Bischof Hine, der indessen alle Möglichkeiten hat, seine Sorgen innerhalb

seiner Kirche zur Sprache zu bringen. Und für alle anderen ist er nicht zuständig. (*Radio Vatikan*, 1.8.07)

### *Italien*

I (3736) **Rom**. In Italien wird erneut über Sterbehilfe bzw. Euthanasie debattiert. Am 24.7. starb der seit Jahren an Sklerose leidende Patient Giovanni Nuvoli, der in den vergangenen Monaten um das Recht auf Sterbehilfe in Italien gekämpft hatte.

Da er im Gegensatz zu Pier Giorgio Welby nicht vor seinem Tod explizit „gegen den katholischen Glauben“ war, wurde ihm ein kirchliches Begräbnis nicht verweigert. Das betonte Erzbischof Elio Sgreccia, Präsident der Päpstlichen Akademie für das Leben, gegenüber Radio Vatikan.

Die italienische Verfassung sieht zwar vor, dass Patienten medizinische Behandlung verweigern dürfen; zugleich sind Ärzte aber verpflichtet, deren Leben zu erhalten. Der Sterbehilfefall von Pier Giorgio Welby hatte in Italien bereits vor dem Tod des fast vollständig gelähmten Mannes eine heftige Debatte ausgelöst, als er im Fernsehen öffentlich darum bat, sterben zu dürfen. Die katholische Kirche verweigerte ihm nach seinem Tod ein christliches Begräbnis, da er sich öffentlich für Euthanasie aussprach. Bereits dies wird vom Vatikan als antichristliche Haltung gewertet. (*Radio Vatikan*, 26.7.07) Dazu passt auch die Reaktion auf den Freispruch für den italienischen Arzt Mario Riccio im Fall Welby. Vatikankardinal José Saraiva Martins kritisierte: „Der Mensch ist nicht Herr über das Leben, das immer vom Beginn bis zum natürlichen Ende gelebt werden muss“, erklärte der Präfekt der Heiligsprechungskongregation gegenüber der römischen Tageszeitung „*la Repubblica*“. Der Anästhesist Riccio hatte Piergiorgio Welby im vergangenen Dezember auf dessen Wunsch hin das Beatmungsgerät abgeschaltet. Kardinal Martins betonte, niemand dürfe menschliches Leben antasten, „umso weniger ein Richter, ein Arzt oder ein Politiker“. Die katholische Kirche lehne Sterbehilfe auch dann ab, wenn Patienten sie aufgrund unerträglicher Leiden ausdrücklich einforderten. Das Leiden sei für Christen „ein wichtiger Wert“. (*la Repubblica*, 24.7.07)

I (3737) **Mailand**. Die italienischen Jesuiten erwägen eine missionarische Dépendance im so genannten „Second Life“, der virtuellen Zweitwelt im Internet, zu eröffnen. Die Nachrichtenagentur „Ansa“ liest diese Möglichkeit aus einem Artikel der Jesuitenzeitschrift „*Civiltà Cattolica*“ heraus. In dem Aufsatz der Zeitschrift, deren wesentliche Teile immer im Vatikan gegengelesen werden, setzen sich die Jesuiten für eine stärkere missionarische Präsenz im Internet ein und wägen deren Risiken und Chancen gegeneinander ab. Dabei weisen sie darauf hin, dass jetzt schon in der virtuellen Gegenwelt die so genannten Avatare Gebetsräume, Moscheen, Kirchen oder Klöster eingerichtet haben. Auch die digitale Welt sei „Missionsgebiet“. (*ansa*, 26.7.07)

### *Liechtenstein*

I (3738) **Vaduz**. Das Fürstentum will die Finanzierung der Religionsgemeinschaften neu regeln. Künftig soll der Steuerzahler entscheiden können, ob er eine Kirche unterstützt oder nicht. Erbprinz Alois sagte dem „*Liechtensteiner Volksblatt*“, das wäre eine gute Lösung, weil sie die Autonomie der religiösen Einrichtungen respektiere. 85 Prozent der Einwohner des Fürstentums sind katholisch. Nach der Verfassung ist die katholische Kirche derzeit Staatskirche. Der kirchliche Finanzbedarf wird aus öffentlichen Mitteln von Staat und Gemeinden gedeckt. (*Radio Vatikan*, 1.8.07)

### *Litauen*

I (3739) **Wilnius**. Fast die Hälfte der Einwohner des Landes ist strikt gegen den Islam und neue christliche Glaubensgruppen wie Pfingstler und Evangelikale – das ist das Ergebnis einer Meinungsumfrage. 84 % der befragten Personen meinen, die Glaubenausübung dürfe nur traditionellen kirchlichen Gruppen erlaubt sein, also der römisch-katholischen, der orthodoxen

und der protestantischen Kirche. Weniger als die Hälfte der Bevölkerung ist dafür, Freidenkern und Atheisten Meinungsfreiheit einzuräumen. Die Studie fand im Rahmen einer Erhebung der Europäischen Union zum „Jahr der Chancengleichheit“ statt. (*apic*, 25.7.07)

### Norwegen

I (3740) **Oslo**. Kirchliche Kreise in Norwegen sind empört über Prinzessin Märtha Louise, die ältere Schwester von Kronprinz Haakon. Die 35-Jährige will als Mitbegründerin eines spirituellen Schulungszentrums in Oslo Kurse im Handauflegen und in Selbstheilung anbieten. Ziel sei es, mit Engeln zu kommunizieren, so die Prinzessin auf der Homepage ihrer kommerziell ausgerichteten Firma. Mit Hilfe der Engel könnten die Teilnehmer „Wunder schaffen“. Nach einem Bericht von „Welt Online“ haben einige führende Repräsentanten der evangelisch-lutherischen Staatskirche den Kirchenaustritt der Prinzessin gefordert. 85 Prozent der Einwohner Norwegens sind Mitglieder der Staatskirche. Deren Oberhaupt ist König Harald. (*idea*, 29.7.07)

Anm. *MIZ*-Red.: Der Meldung war nicht eindeutig zu entnehmen, worauf die Empörung der „kirchlichen Kreise“ abzielt. Die Aufforderung zum Kirchenaustritt ist konsequent, müsste dann aber auf viele andere, weniger prominente Menschen gleichermaßen angewandt werden. Letzten Endes müsste man dann auf der Aufnahme erst ab dem Alter der Religionsmündigkeit bestehen. Das Recht auf eine noch so abseitige (pseudo-)religiöse Anschauung muss aber den gleichen Rang haben wie auf eine herkömmliche Religion.

### Schweiz

I (3741) **Zürich**. Der Gründer und Leiter des Sterbehilfe-Vereins *Dignitas* verfügt über ein Millionenvermögen. Das Geld stamme aus einer Erbschaft, nicht aus der Arbeit für *Dignitas*, erklärte Ludwig Minelli laut Medienberichten. Während sein Vermögen zur Zeit der Gründung von *Dignitas* noch null Franken betragen habe, verfügt der Vereinsgründer nach aktuellen Steuerdaten über mehr als 1,3 Millionen Schweizer Franken. Als Herkunft des Geldes gab er gegenüber einer Zeitung außer der Erbschaft auch die Neubewertung seines Immobilienbesitzes an. Bei *Dignitas* verdiene er derzeit nichts. Sein Gehalt sei aufgrund der finanziellen Lage des Vereins momentan „aufgeschoben“. Brisant ist die Frage nach dem Lohn des Sterbehelfers deswegen, weil die Beihilfe zum Suizid aus „selbstsüchtigen Beweggründen“ nach dem Gesetz strafbar ist. - Für die Sterbebegleitung durch *Dignitas* müssen derzeit 7.000 Franken bezahlt werden. (*kipa*, 31.7.07)

### Spanien

I (3742) **Madrid**. Für eine große Überraschung sorgte der Präsident der spanischen Bischofskonferenz mit der Beteuerung, die Kirche habe nicht die Absicht, Menschen den Glauben aufzudrängen. Bischof Ricardo Blázquez stellte nun an die Adresse des Regierungschefs José Luis Zapatero klar, die Kirche sei einverstanden mit einem laizistischen Spanien, wie die Verfassung es vorschreibe. Spanien sei laizistisch, damit Gläubige und Nichtgläubige ihre Religionsfreiheit entwickeln könnten.

Damit reagierte der Kirchenfürst auf Vorhaltungen des Regierungschefs, der bei einem Kongress von Jungsozialisten das den Religionsunterricht ersetzende Schulfach Staatsbürgerkunde gelobt und hinzugefügt hatte, dass „kein Glaube sich per Gesetz vorschreiben“ lasse. (*aci*, 24.7.07)

Diese Wendung war umso erstaunlicher, als sich in den letzten Monaten kaum eine nationale Bischofskonferenz so aggressiv gezeigt hatte wie die spanische.

Im Januar hatte sich die Kirche kritisch mit der Einwanderungspolitik auseinandergesetzt, nachdem eine Umfrage der Universität von Francisco de Victoria bekannt wurde. Demnach verliert in Spanien ein Viertel der Immigranten nach ihrer Ankunft in Europa ihren Glauben. Die kirchliche Studie zieht den polemischen Schluss, dass viele Einwanderer in der

konsumorientierten spanischen Gesellschaft "untergehen". Ebenso verlören auch menschliche Werte an Bindekraft. Gesundheit und Geld stünden an oberster Stelle, an letzter der Glaube an Gott. (*cna*, kath. span. Nachrichtenagentur, 25.1.07)

Drei Wochen später verschärfte der Präsident des katholischen Radiosenders COPE, Alfonso Coronel de Palma, seinen „Kampf um die Religionsfreiheit, Verteidigung der Familie und des Lebens“. Die Radiokette wolle nach eigener Aussage die Diskussion "Pro-Vida" zur Verteidigung jeglichen Lebens in dieser schwierigen Situation anführen, sagte Coronel de Palma bei einer Tagung der Bischofskonferenz. COPE sei ein katholisches Medium, das sich mit aktuellen Themen befasse und eine angeblich eine „Brücke“, faktisch aber eher einen Gegenpol für den Dialog mit der laizistischen Kultur darstelle. Die katholische Senderkette gehört zu 50 Prozent der spanischen Bischofskonferenz und zu 20 Prozent den einzelnen Bistümern. Politisch ging COPE seit 2004 deutlich auf Konfrontationskurs zur sozialistischen Regierung Zapateros. Auch die Politik der katalanischen Autonomieregierung, die auf mehr Eigenständigkeit der Region abzielt, wurde in der COPE heftig angegriffen. (*aci*, 16.2.07)

Weitere zwei Wochen später verurteilte die Bischofskonferenz den Beschluss vehement, eine an Muskelschwund leidende Frau sterben zu lassen. Ihr Vizepräsident, Kardinal Antonio Canizares, bezeichnete die Maßnahme als "Attentat gegen die Menschenwürde". Die Regionalregierung von Andalusien hatte 1. März erlaubt, die künstliche Beatmung der 51-jährigen Frau abzuschalten. Sie lag seit neun Jahren in einer Klinik in Granada. (*Radio Vatikan*, 3.3.07)

Schon tags darauf protestierten die Bischöfe gegen ein neues Gesetz im Schulbereich. Es verweise den Religionsunterricht auf einen nachgeordneten Platz und respektiere damit nicht fundamentale Rechte der Schüler, kritisierte der Ständige Rat der spanischen Bischofskonferenz. Die Verminderung der Religionsstunden und die Ankündigung alternativen Unterrichts für Schüler, die keinen Religionsunterricht wollen, sei eine "Diskriminierung" (wobei die Kleriker gewiss nicht die religionsfernen Schüler meinten, die während der freiwilligen Religionsstunden eigentlich frei haben müssten). Außerdem verstießen neue Regeln für Religionslehrer gegen Absprachen zwischen Staat und Kirche. (*apic*, kath. Nachrichtendienst der französischsprachigen Schweiz, 4.3.07)

Wieder zwei Wochen später forderten die Bischöfe die Zensur einer Ausstellung des Fotografen Jose Antonio Montoya in der südspanischen Provinzhauptstadt Merida, wo nach Meinung dieser betagten Männer „Christus, die Gottesmutter Maria sowie mehrere Heilige in pornografischer Weise“ gezeigt würden. Dabei scheuten sie auch nicht den Vergleich mit den Mohammed-Karikaturen. (*KNA*, 16.3.07)

Neuerdings wurden die Kirchenfürsten jedoch merklich ruhiger, geriet doch einer der ihnen in die Schusslinie. Antonio Maria Rouco Varela, Kardinal von Madrid, wurde vom höchsten Gericht Spaniens für schuldig befunden, nicht genügend gegen einen Priester seines Bistums vorgegangen zu sein, der sich im Jahr 2000 an einem Kind vergangen hatte. Damit wurde die Berufung des Bischofs endgültig abgelehnt; der Kardinal gilt somit – rechtlich gesehen – als „mitverantwortlich“ für das Fehlverhalten seines Untergebenen. (*Radio Vatikan*, 11.7.07) Von einem Rücktritt oder einer Konsequenz seitens der Bischofskonferenz wurde jedoch nichts bekannt.

Auch die Aufarbeitung der neueren Geschichte ist dem spanischen Klerus angesichts der einst engen Verbindung zu Franco ein Dorn im Auge. Unter der Linksregierung von Jose Luis Zapatero ist in der spanischen Öffentlichkeit nämlich eine Debatte über den spanischen Bürgerkrieg und die Jahre der Franco-Diktatur aufgebrochen. Die Bischöfe beschränken sich nun auf die Warnung, bei der Aufarbeitung der jüngeren Geschichte „alte Wunden aufzureißen“. „Eine selektive Erinnerung“ trage nicht unbedingt „zum Frieden und zur Versöhnung“ bei, meinte der Generalsekretär der spanischen Bischofskonferenz. (*veritas*, 31.7.07)

Trotz der politischen und gesellschaftlichen Veränderungen betrachtet die Kirche Spanien jedoch immer noch als Kernland der Kirche. Laut einer aktuellen Statistik bezeichnen sich immer noch 74 Prozent der Bevölkerung als katholisch, doch bleibt offen, was darunter verstanden wird. Gleichzeitig finden nämlich auch 80 Prozent der Spanier nichts Anstößiges an der „Ehe ohne Trauschein“, und 58 Prozent befürworten die so genannte „Homo-Ehe“. (*ansa*, 27.7.07)

I (3743) **Vatikanstadt.** In ungewöhnlicher Deutlichkeit stellte der Vatikan klar, dass nur die römisch-katholische als „Kirche im eigentlichen Sinne“ zu gelten habe. In einem päpstlichen Schreiben mit dem Titel „Antworten auf Fragen zu einigen Aspekten bezüglich der Lehre über die Kirche“ wies die Kongregation für die Glaubenslehre (jene frühere Inquisitionsbehörde, der zuvor Kardinal Ratzinger vorgestanden hatte) einige „unannehmbare Auffassungen“ zurück. So beschloss die Vollversammlung dieser Kongregation mit ausdrücklicher Billigung des Papstes, die „theologische Produktion nach dem Konzil“ sei nicht immer frei „von Abweichungen und Ungenauigkeiten“ gewesen, was als Zurechtweisung progressiver Theologen betrachtet wird. Die „gesunde theologische Forschung“ solle nicht durch Irrtümer beeinträchtigt werden, „die Unklarheiten verursachen können“. Der ökumenische Dialog bleibe immer „eine der Prioritäten der katholischen Kirche“. Damit dieser „wirklich konstruktiv“ sein könne, brauche es die „Treue zur Identität des katholischen Glaubens“.

Schon die erste Antwort hält fest: Das Zweite Vatikanische Konzil hat die frühere Lehre über die Kirche nicht verändert, sondern wollte sie nur „vertiefen und ausführlicher darlegen“.

Auf die zweite Frage konzentrierte sich das Interesse der Öffentlichkeit: Wie muss die Aussage verstanden werden, dass laut dem Kirchendokument *Lumen Gentium* „die Kirche Christi sich in der katholischen Kirche verwirklicht“?

Der Sekretär der Glaubenskongregation, Erzbischof Amato, antwortete unter Verweis auf das Dokument: „Mit dem Wort ‚subsistit‘ wollte das Konzil die Einzigartigkeit und das nicht Multiplizierbare der katholischen Kirche ausdrücken. Es gibt die Kirche als einziges Subjekt in der geschichtlichen Wirklichkeit. Die Identifikation der Kirche Christi mit der katholischen Kirche meint aber nicht, dass es außerhalb der katholischen Kirche ein ‚kirchliches Vakuum‘ gebe. In den getrennten Kirchen und kirchlichen Gemeinschaften gibt es wichtige kirchliche Wirklichkeiten. Es finden sich ‚zahlreiche Elemente der Heiligung und der Wahrheit‘.“

Während sich die römische den orthodoxen Kirchen damit annähert – diese hätten zwar nicht mehr die volle Gemeinschaft, bewahrten aber die apostolische Sukzession in der Weihe der Priester und die Gemeinschaft in der Eucharistie, so dass sie zu Recht „Kirchen“ hießen – distanziert sie die nachreformatorischen (evangelischen) Gemeinschaften. Diese hätten kein Weihepriestertum, ihnen fehle so „ein wesentliches konstitutives Element des Kircheseins“. Erzbischof Di Noia, Untersekretär der Glaubenskongregation, erläuterte: „Es ist nun einmal fundamental, dass die Dialogpartner sich über ihre eigene Identität im Klaren sind. Dialog kann nicht eine Gelegenheit dafür sein, das Selbstverständnis aufzuweichen oder anzupassen, um so einen falschen Konsens zu erzielen. In diesem Sinn ist Identitätsklärung nie ein Rückschritt, sondern wesentliche Bedingung für den Dialog.“ (*Radio Vatikan*, 10.7.07)

Anm. *MIZ*-Red.: Beobachter werteten dieses auch für katholische Laien unverständliche Festhalten an Argumentationsmustern, die seit Jahrzehnten weit an der kirchlichen Lebenswirklichkeit vorbeigehen, als starke Eingrenzung aller künftigen Ökumene-Bemühungen. Die betroffenen Kirchen reagierten entsprechend, worauf hier aber aus Platzgründen nicht ausführlich eingegangen werden kann. Was indes auch für Konfessionsfreie und Kirchenferne bedeutsam ist: Wenn die katholische Kirche noch nicht einmal die evangelische als vollgültige, gleichwertige Partnerin anerkennen will – wie würde sie dann erst mit Andersreligiösen oder gar Nichtglaubenden umspringen, wenn sie nur könnte wie sie wollte? Müsste jetzt nicht auch die katholische Basis einsehen, dass diese Kirche absolut nicht geeignet ist, eine für die Allgemeinheit gültige Ethik aufzustellen?

I (3744) **Vatikanstadt.** Der Vatikan ist nun auch Experte für atomare Fragen. Er befürwortet grundsätzlich die Nutzung von Atomenergie. Kardinal Renato Raffaele Martino, päpstlicher „Friedensminister“, mahnte im Gespräch mit Radio Vatikan zu einer „sachlichen öffentlichen Debatte“ über die friedliche Nutzung von nuklearen Energiequellen: „Bei der nötigen Vorsicht ist die Möglichkeit nicht auszuschließen, dass man Atomwaffen in nukleares Material für die

Energiegewinnung umwandelt, um dann insbesondere Entwicklungsländern zu helfen.“ (*Radio Vatikan*, 1.8.07)

Diese sowie fast gleichlautende Aussagen von Josef Ratzinger persönlich griff Reinhard Bütikofer, Parteichef der Grünen, ironisch auf und schlug vor: „Bundeskanzlerin Merkel sollte Papst Benedikt XVI. umgehend zum atompolitischen Berater der Bundesregierung ernennen“. (*kath.de*, 3.8.07)

## Lateinamerika

### *Bolivien*

I (3745) **La Paz**. Bolivien soll eine neue Verfassung bekommen. Daher hat die bolivianische Bischofskonferenz den 27. Juli als nationalen Gebetstag für eine „gute Erarbeitung der neuen Verfassung“ erklärt. Der Aufruf zur Gebetswache soll die Politiker auf christliche Werte hinweisen. Er sei gegen Passivität und Gleichgültigkeit gerichtet, sagt der Partnerschaftsbeauftragte bei der bolivianischen Bischofskonferenz, Michael Meyer. In Wirklichkeit geht es um Machterhalt: Der Katholizismus ist in Bolivien Staatsreligion, und das soll nach der Vorstellung der Bischöfe so bleiben, obwohl gut 10 Prozent der Bevölkerung nicht der römisch-katholischen Kirche angehören. In dem Land leben mehr als 30 verschiedene Volksgruppen – nicht immer im Frieden. (*Radio Vatikan*, 27.7.07)

Der Vorstoß zeigte prompt Wirkung: Staatspräsident Morales, der ursprünglich die Rechte von Indios und anderen benachteiligten Gruppen stärken wollte, ist nun bereit zu einer stärkeren Zusammenarbeit mit den Kirchen. Es solle einen ständigen Austausch zwischen den Bischöfen und dem Präsidenten samt seiner Regierung geben, hieß es nach einem Treffen gestern in der Provinzhauptstadt Santa Cruz. Bisher gibt es zwischen beiden Seiten immer wieder Unstimmigkeiten über Wertethemen und hinsichtlich der Stellung der Religion. Nun sprachen sich Kirche und Regierung für mehr Gemeinsamkeit aus. Vertreter der Regierung begrüßten zudem den nationalen Gebetstag, den die katholische Kirche ausgerufen hatte. Die Aktion stärke die Einheit des Landes. (*KNA*, 29.7.07)

## Ozeanien

### *Australien*

I (3746) **Canberra**. Einwanderer nach Australien müssen künftig per Test ihre Verbundenheit mit „australischen Werten“ nachweisen. Zu der neuen Prüfung gehören Fragen, die sich auf den „jüdisch-christlichen Hintergrund“ des Landes beziehen, wie die Tageszeitung „The Sydney Morning Herald“ berichtete. Christlich-fundamentalistische Lobbygruppen hätten diese Punkte in den Staatsbürgertest für Einwanderer durchgesetzt. (*KNA*, 24.7.07)